

Die Linke und ihr Niedergang

Eckhard Jesse

1. Einleitung

Die Niederlagenserie der Partei Die Linke reißt nicht ab. Bei den Wiederholungswahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 ging ihr Anteil von 14,1 (2021) auf 12,2 Prozent zurück. Die Einbußen fielen allerdings geringer aus als bei den Wahlen zuvor, weswegen die Partei dieses Resultat schönzureden versuchte. Im Zentrum dieses Beitrages stehen die Ursachen für den offenkundigen Niedergang. Welche Faktoren sind dafür wesentlich? Gibt es Unterschiede zwischen Ost und West? Kann die Linke die für sie negative Entwicklung aufhalten oder gar umkehren?

Zunächst wird die Vielzahl der Wahlniederlagen beschrieben. Dann folgt eine kurze demokratietheoretische Einordnung der Partei. Schließlich sucht der Beitrag eine Antwort auf die Frage nach den Gründen für den Erfolg der Partei ab Mitte des ersten Dezenniums im neuen Jahrhundert zu finden, nachdem diese bis dahin mehr oder weniger eine Ostpartei war. Das ist deshalb wichtig, weil die Gründe für den Aufstieg zugleich wesent-

lich jene für den Abstieg erklären. Die abschließenden Perspektiven leuchten die Zukunft der Partei aus.

2. Niederlagenserie der Partei

Hatte Die Linke 2019 bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen schwere Verluste in Höhe von 7,9 und 8,5 Prozentpunkten hinnehmen müssen, fiel das Resultat in Thüringen, ihrer Hochburg, ganz anders aus. Dort gelang es ihr dank des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow sich noch einmal zu steigern, und zwar von 28,2 Prozent auf 31,0 Prozent. Ein solch gutes Ergebnis hatte die Partei zuvor nie auch nur annähernd erreicht. Aber das war kein bundesweites Signal. Bei der letzten Landtagswahl vor der Bundestagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt stürzte Die Linke von 16,3 Prozent auf 11,0 Prozent ab. Bei dieser Bundestagswahl erlitt sie mit ihren Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch, dem eher gemäßigten Ostdeutschen, und Janine Wissler, der stärker radikalen



Prof. (em.) Dr. Eckhard Jesse
Technische Universität Chemnitz
Institut für Politikwissenschaft

Westdeutschen, einen Schock: Sie erreichte bloß 4,9 Prozent (2017: 9,2 Prozent) und konnte lediglich dank des Gewinns von drei Direktmandaten in den Bundestag zurückkehren. Das schlechte Ergebnis hatte sich schon bei den Europawahlen 2019 abgezeichnet (5,5 Prozent), wenngleich nicht in diesem Ausmaß. Die für eine Flügelpartei gemeinhin günstige Konstellation (Große Koalition im Bund seit 2013) nützte ihr nichts.

Im Wahlgebiet Ost (10,4 Prozent) schnitt sie bei der Bundestagswahl fast dreimal so gut ab wie im Wahlgebiet West (3,7 Prozent). Sie ist damit nach wie vor eine Ostpartei – freilich nicht mehr derart deutlich wie früher. 2002 war sie 15mal stärker im Osten, 2005 fünfmal und 2013 viermal. Insgesamt kamen aber bloß 37,2 Prozent aller Stimmen aus dem Osten. Während Die Linke ihre Hochburg bei den über 70-Jährigen mit 13,3 Prozent hat, ist sie im Westen in dieser Altersgruppe mit 1,6 Prozent am schwächsten vertreten (Jesse 2022, S. 67). Der Grund: In den neuen Bundesländern, in denen die Bürger mit dieser länger vertraut sind, tritt sie gemäßigter auf als in den alten. Und junge Wähler fühlen sich gemeinhin von radikalen Positionen stärker angesprochen als ältere. Im Osten ist Die Linke bei den Frauen (10,7 zu 10,3 Prozent) leicht überrepräsentiert, im Westen bei den Männern (3,9 zu 3,5 Prozent). Dieser Befund beruht wesentlich auf der größeren Radikalität der Partei im Westen. Männer neigen eher radikaleren Kräften zu als Frauen.

Der Ausgang der Wahlen in Berlin (von 15,6 auf 14,1 Prozent) und vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (von 13,2 auf 9,9 Prozent) – jeweils am gleichen Tag wie die im Bund – bestätigte diesen negativen Trend. Und alle vier Landtagswahlen in den vier westdeutschen Flächenstaaten führten 2022 zu einem Desaster für die Partei. Nirgendwo kam sie an den Stimmenanteil von drei Prozent heran. (vgl. Tabelle 1). Die Linke profitiert weder von der großen Politik (der Corona-, der Migrations-, der Ukraine-Politik) noch von den alltäglichen Problemen der Bürger, etwa bei der Sicherheits- oder der Wohnungspolitik. Ihre Kompetenzwerte auf den verschiedenen Themenfeldern fallen gering aus (Ausnahme: soziale Gerechtigkeit). Der Niedergang ist damit offenkundig nicht auf spezifische politische Ereignisse oder personelle Faktoren in den einzelnen Ländern zurückzuführen. Er kommt so überraschend wie ihr einstiger Aufstieg.

Wer die Ergebnisse der letzten zwei Jahre für Die Linke vergleicht, erkennt extrem unterschiedlich hohe Verluste: von 9,6 Prozent in Berlin (2021) bis 79,8 Prozent im Saarland (vgl. Tabelle 1). Die eklatanten Verluste im kleinsten Flächenland beruhen weithin auf der Person Oskar Lafontaine, der kurz vor den Wahlen Die Linke verlassen hatte, die unterdurchschnittlichen Einbußen in Berlin auf dem dortigen – vergleichswisen guten, nicht durch Zwigigkeiten geprägten – Erscheinungsbild.

Tabelle 1: Abschneiden der Partei Die Linke bei den letzten neun Wahlen

Land	Tag	Stimmenanteil (in Prozent)	Verluste (in Punkten)	Verluste (in Prozent)
Sachsen-Anhalt	06.06.2021	11,0	5,3	32,6
Bund	26.09.2021	4,9	4,3	47,7
Mecklenburg-Vorpommern	26.09.2021	9,9	3,3	24,2
Berlin	26.09.2021	14,1	1,5	9,6
Saarland	27.03.2022	2,6	10,3	79,8
Schleswig-Holstein	08.05.2022	1,7	2,1	55,3
Nordrhein-Westfalen	15.05.2022	2,1	2,8	57,1
Niedersachsen	09.10.2022	2,7	1,9	42,3
Berlin	12.02.2023	12,2	1,9	13,5

3. Demokratietheoretische Einordnung

Die Partei unterscheidet sich in der ideologischen Ausrichtung fundamental vom harten Linksextremismus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Marxistisch Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und der Sozialistischen Gleichheitspartei (SGP), die gesellschaftlich allesamt isoliert sind (Panreck 2018). Sie hat sich mehrfach gehäutet und marxistisch-leninistischen Ballast abgelegt. Die Distanz zur DDR ist mittlerweile groß, wenngleich sie es vermeidet, diese als „Unrechtsstaat“ zu apostrophieren. Von den jetzt verbliebenen 54.214 Mitgliedern (das ist der Tiefststand) gehört zwar lediglich ein kleiner Teil offen verfassungsfeindlichen Zusammenschlüssen an, etwa der Kommunistischen Plattform oder der Antikapitalistischen Linken, aber Die Linke weist in Teilen nach wie vor extremistische Züge auf (Jesse/Lang 2012), wenngleich in weicher Form. So heißt es in dem bis heute gültigen Parteiprogramm von 2011: „Wir kämpfen für einen Systemwechsel“ (Die Linke 2011, S. 4). Die Partei fordert weiterhin den Austritt Deutschlands aus der NATO und starke Einschnitte in das privatwirtschaftliche System, wobei die Kritik am Kapitalismus über die Ökonomie hinausweist.

Die Linke trat bei der Bundestagswahl 2021 mit zwei Spitzenkandidaten an, die die dreifache Parität – nach Herkunft, Geschlecht und Richtung – erfüllen: auf der einen Seite der gemäßigte ostdeutsche Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und auf der anderen die radikale westdeutsche Parteivorsitzende Janine Wissler. Die Partei forderte einen „sozialen und ökologischen Systemwechsel in Europa“ (Die Linke 2021, S. 147), machte sich dafür stark, den Verfassungsschutz abzuschaffen und ihn durch eine unabhängige „Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Die Linke 2021, S. 118) zu ersetzen. Ohne Wenn und Aber forderte sie „offene Grenzen für alle Menschen“ (Die Linke 2021, S. 113).

In den Ländern, in denen die Partei mitregiert, spielt in der Praxis eher Pragmatismus eine Rolle. Die Linke ist seit Jahren durch interne Zerstrittenheit gekennzeichnet (Oppelland/Traeger

2014). Vor allem wegen deren außenpolitischen Positionen schrecken SPD und Grüne vor einer Koalition im Bund mit ihr zurück, obwohl sie seit 2013 ein Bündnis nicht mehr formell ausschließen. Die Linke, im Westen nach wie vor rigider ausgerichtet als im Osten, nimmt gegenüber Russland und den USA eine Haltung der Äquidistanz ein. Sie schlägt sich damit weder auf die eine noch die andere Seite.

4. Gründe für den Aufstieg

Die Geschichte der Partei Die Linke ist die Geschichte ihrer Integration (Holzhauser 2019; ders. 2021). Was 1990 für so gut wie ausgeschlossen galt, trat ein: die Etablierung der Partei und ihre weitgehende Akzeptanz in Kreisen der Politik, der Publizistik und der Wissenschaft. Auf der einen Seite löste sich die politische Kraft von marxistisch-leninistischen Dogmen, auf der anderen Seite kam ihr die politische Konkurrenz entgegen. Sie ist längst kein „Schmuddelkind“ mehr. Offenkundig gilt Die Linke im Osten Deutschlands vielfach als eine „normale Partei“, im Westen nun teilweise ebenso, jedenfalls nicht mehr als akute Bedrohung der Demokratie, sondern eher als eine Kraft, die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen schreibt.

Die aus der SED hervorgegangene Partei heißt seit 2007, nach dem Zusammenschluss mit der westdeutschen Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG), Die Linke. Sie hat mehrfach ihren Namen gewechselt – von 1990-2005: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS); von 2005 bis 2007: Die Linkspartei.PDS – und sich auch inhaltlich gewandelt. Die PDS trat in den ersten 15 Jahren mehr oder weniger als eine reine Ostpartei auf, die den Ost-West-Gegensatz kultivierte. Im Westen hatte sie Unterstützung vor allem bei systemfeindlich eingestellten jungen Leuten gefunden, war doch das dortige Erscheinungsbild einer zum Teil militant-antikapitalistisch wirkenden Kraft weithin ein anderes, radikaleres als im Osten.

Die notwendig gewordenen Sozialreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder („Hartz IV“), die viele Proteste im linken Milieu auslösten, veränderten gravierend die Lage zugunsten der Partei. Im Westen des Landes entstand 2005 mit

der WASG eine Kraft, die gegen die als unsozial wahrgenommene Politik Schröders aufbegehrte (Vollmer 2013). Die Verbindung mit ihr federte die kulturelle Fremdheit der Postkommunisten im Westen ab. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte Die Linke bundesweit mit 11,9 Prozent ihr bestes Ergebnis. Durch die verbreitete Kritik an der „Hartz IV“-Gesetzgebung hatte sich die Wählerschaft nicht nur vergrößert, sondern auch sozialstrukturell verändert. Die Zahl der Wähler mit eher niedriger Bildung stieg an, ebenso die der Arbeiter und Arbeitslosen. Nicht zuletzt dem Populismus des früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine (Lafontaine 2022) verdankte sie den Stimmenfang im sozialdemokratischen Wählerreservoir. Und in den neuen Bundesländern sorgte maßgeblich der charismatische Gregor Gysi (Gysi 2017) für weitere Zugewinne. Durch die Erfolge zumal bei Landtagswahlen schon zuvor kam sie sogar als Juniorpartner in ostdeutsche Landesregierungen, zuerst 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, dann 2002 in Berlin, und schließlich 2009 in Brandenburg. Sie wurde damit „selbst Teil des Establishments“ (Holzhauser 2019, S. 419).

Nach dem Zusammenschluss mit der WASG gelangte die Partei in die Parlamente von Bremen (2007), Hessen (2008), Niedersachsen (2008), Hamburg (2008), Saarland (2009), Schleswig-Holstein (2009), Nordrhein-Westfalen (2010). Lediglich in den drei (südwestdeutschen) Flächenstaaten blieb ihr der Einzug ins Parlament verwehrt. Aber schon bald war dieser Höhenflug vorbei (Neu 2012). Sie vermochte in den meisten Ländern ihren Erfolg nicht zu wiederholen – ein Teil des Elektorats kehrte zur SPD zurück. Das 2011 verabschiedete Grundsatzprogramm konnte die internen Konflikte allenfalls notdürftig überbrücken.

5. Gründe für den Niedergang

Die Ursachen für den späteren Misserfolg hängen eng mit denen des Erfolges zusammen. Die Kehrseite der Akzeptanz durch Medien, Konkurrenten und Wähler lag in der Entzauberung der Postkommunisten. In denjenigen Ländern, in denen die Partei an der Regierung als Juniorpartner beteiligt war, wurde sie bei den nachfolgenden Wahlen

massiv „abgestraft“, da manche Wähler mehr von ihr erwartet hatten: in Mecklenburg-Vorpommern 2002, in Berlin 2006, in Brandenburg 2014. Sie gilt für einen großen Teil der Wählerschaft nicht mehr als attraktiv.

Im Osten hat die 2013 ins Leben gerufene Alternative für Deutschland (AfD) Die Linke als Protestpartei abgelöst. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler ist zu dieser rechtspopulistischen Kraft abgewandert. Nicht zuletzt ruft die zum Teil unregelte Migration Proteste hervor. Die Linke kann mit ihrer Programmatik – sie befürwortet die Aufnahme von Migranten und lehnt Abschiebungen ab – diese Repräsentationslücke nicht füllen. Mittlerweile ist die AfD im Osten (Bundestagswahl 2021: 20,5 Prozent) doppelt so stark wie Die Linke (Bundestagswahl 2021: 10,4 Prozent). Verliert diese hier vor allem Stimmen an die AfD (in den neuen Bundesländern fällt die Parteidentifikation geringer aus, die Wechselbereitschaft höher), profitieren im Westen insbesondere die Grünen von der Schwäche der Partei.

Der massive innerparteiliche Konflikt, der seit Jahren zwischen den „Soziallinken“ und den „Kulturlinken“ schwelt, ist ein weiterer Grund für den Niedergang: Die populäre und migrationskritische Sahra Wagenknecht, die einst bei der Kommunistischen Plattform beheimatet war und ihr Amt als Fraktionsvorsitzende im Bundestag (2015-2019) niedergelegt hatte, kritisiert zunehmend die Lifestyle-Maximen ihrer Partei (Wagenknecht 2021). Sie prangert das auf Minderheiten fixierte Identitätsdenken in den eigenen Reihen an. Soziale Gerechtigkeit sei wichtiger als ein Kulturkampf um das Gendersternchen. Ihre Gegner, die in der Partei eine Mehrheit bilden, werfen ihre mangelnde Solidarität und zu große Sympathie für Putins Russland vor. Die Linke kann angesichts dieser internen Zerrissenheit keine Kampagnenfähigkeit entwickeln oder gar die Agenda bestimmen. Immer wieder wird in der öffentlichen Meinung erörtert, ob der Wagenknecht-Flügel, der auf eine deutlichere Abgrenzung zur SPD und zu den Grünen setzt, die Partei verlässt. Das Paradoxe: In der Partei wird die Position Wagenknechts überwiegend bekämpft, während die Wählerschaft sie goutiert, und nicht nur die der Partei Die Linke.

Was Die Linke ebenfalls schwächt: Nach dem Austritt Oskar Lafontaines aus der Partei

2022, dem Ehemann Sahra Wagenknechts, und dem partiellen Rückzug Gregor Gysis, der bei der Bundestagswahl 2021 seinen Wahlkreis, wie stets, gewonnen hatte, und jetzt als außenpolitischer Sprecher der Fraktion in Erscheinung tritt, fehlt es der Partei an charismatischen Politikern – bis auf eine Ausnahme: In Thüringen stellt sie mit dem volkstümlichen Bodo Ramelow seit 2014 sogar den Ministerpräsidenten. Bisher galt das Paradoxon: Die Befürworter einer „Ausgrenzung“ der Partei Die Linke stärkten diese wider Willen. Wer hingegen ihre Einbeziehung in den politischen Diskurs wünschte, schwächte sie dadurch (in der Regel ungewollt). In Thüringen jedoch konnte sich die Partei (Seniorpartner in der Regierung) im Jahr 2019 von 28,2 (2014) auf 31,0 Prozent steigern.

6. Perspektiven

Ungeachtet der Tatsache, dass Die Linke weiter das Amt des thüringischen Ministerpräsidenten innehat, wiewohl jetzt in einer Minderheitsregierung (gemeinsam mit der SPD und den Grünen): Sie ist in der größten Krise ihrer Geschichte. Darüber darf ihre Regierungsbeteiligung in einigen Bundesländern nicht hinwegtäuschen. So ging die SPD 2021 trotz der massiven Verluste der Partei Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern eigens ein Bündnis mit ihr ein und nicht mehr mit der CDU, dem bisherigen Koalitionspartner. Sie versprach sich davon ein leichteres Regieren. In Berlin hingegen strebte die SPD unter Franziska Giffey nach den Abgeordnetenhauswahlen vom Februar 2023 als Juniorpartner ein Bündnis mit der CDU an, obwohl es trotz der Verluste für alle drei Parteien arithmetisch für eine Fortsetzung der rot-grün-roten Koalition gereicht hätte. Im Bundesland Hessen, in dem Die Linke kontinuierlich seit 2008 im Landtag sitzt, dürfte es ihr kaum gelingen, die parlamentarische Repräsentanz nach der Wahl am 8. Oktober 2023 zu behaupten. Und in Bayern, wo am selben Tag Wahlen stattfinden, ist sie ohnehin eine zu vernachlässigende Größe.

Die Linke wird künftig vermutlich das sein, was die PDS bis 2005 war, eine ostdeutsche Regionalpartei. Allerdings ist eine solche Aussage aus verschiedenen Gründen nur mit Vorbehalt zu

treffen, wie überhaupt Prognosen bei der Partei selten eingetroffen sind. Sollten die Grünen mit der CDU hinfort weitere Koalitionen bilden (bereits jetzt dominieren schwarz-grüne Bündnisse), müssten sie aufgrund der Kompromisse mit dem Regierungspartner mehr Pragmatismus an den Tag legen. Ein Teil linker Wähler, enttäuscht über die Grünen, könnte dann für Die Linke votieren, zumal diese mittlerweile entschiedener auf Distanz zum Putin-Regime geht als früher. Das wäre das positive Szenario für sie.

Das negative: Das Verhältnis zwischen Wagenknecht und der Partei hat sich durch das von ihr und Alice Schwarzer verfasste „Manifest für den Frieden“ weiter verschlechtert. Gemeinsam mit Brigadegeneral a.D. Erich Vad riefen sie zu einer Friedenskundgebung am 25. Februar 2023 auf. An ihr beteiligten sich laut Angaben der Veranstalter 50.000 Personen, laut Angaben der Polizei deutlich weniger. Die Parteispitze distanzierte sich vom Aufruf und der Demonstration wegen ihrer Meinung nach unzureichender Abgrenzung gegen rechts. Allerdings ist Die Linke sich uneins – so hat etwa Gregor Gysi den Aufruf unterzeichnet. Verlässt Sahra Wagenknecht mit ihrer Strömung die Partei, würde diese selbst im Osten des Landes sich schwertun. Nachdem die Politikerin erklärt hatte, nicht mehr für Die Linke zu kandidieren, will sie bis Ende 2023 über eine Parteigründung entscheiden. Ob damit zu rechnen sein dürfte? Das faktische Scheitern der 2018 unter Wagenknechts Ägide gegründeten Sammlungsbewegung „Aufstehen“ ist wohl Warnung genug.

Literatur

Die Linke (2011): Parteiprogramm, Berlin.

Die Linke (2021): Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021, Berlin.

Gysi, Gregor (2017): Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie (in Zusammenarbeit mit Hans-Dieter Schütt), Berlin: Aufbau.

Holzhauser, Thomas (2019): Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005, Berlin/Boston: de Gruyter.

- Holzhauser, Thomas (2021): Die „Nachfolgepartei“ PDS als Gegenstand der Zeitgeschichtsforschung. Befunde und Potenziale, in: Marcus Böck/Constantin Goschler/Ralph Jesen (Hrsg.), Jahrbuch Deutsche Einheit 2021, Berlin: Ch. Links, S. 197-214.
- Jesse, Eckhard (2022): Die Bundestagswahl 2021 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 53 (1), S. 53-74.
- Jesse, Eckhard/Jürgen P. Lang (2012): DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?, München: Olzog.
- Lafontaine, Oskar (2022): Ami, it's time to go. Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas, Frankfurt a.M.: Westend.
- Neu, Viola (2012): Aufbruch zu neuen Ufern? Perspektiven der Linken, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden: Nomos, S. 133-151.
- Oppelland, Torsten/Hendrik Traeger (2014): Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden: Nomos.
- Panreck, Isabelle-Christine (2018): Linksextremistische Splitterparteien: DKP, MLPD und SGP, in: Uwe Backes/Alexander Galus/Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 30, Baden-Baden: Nomos, S. 149-163.
- Schwarzer, Alice/Sahra Wagenknecht (2023), Manifest für Frieden, 10. Februar, unter: aliceschwarzer.de (zuletzt geprüft am 10. März 2023).
- Vollmer, Andreas M. (2013): Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden: Nomos.
- Wagenknecht, Sahra (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt a.M.: Campus.